

---

## Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 4  
Datum 21. Mai 2014

---

29 1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde

### **Verwaltungsbericht 2013; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse)**

Präsidentin: Ich komme zu Traktandum zwei, dem Verwaltungsbericht. Es geht um Kenntnisnahme. Eintreten ist gemäss Artikel 24 der Geschäftsordnung vorgegeben. Zum weiteren Vorgehen: Wir nehmen zuerst die allgemeinen Bemerkungen entgegen. Anschliessend wird der Bericht departementsweise durchgekämmt und wir kommen am Schluss zum Schwerpunktprogramm. Danach folgt die Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse. Die GPK hat das Wort zu den allgemeinen Bemerkungen.

Markus Bacher, GPK: Die GPK dankt für die umfangreiche, teilweise auch neu strukturierte Berichterstattung. Auch allen Autorinnen und Autoren sei für Ihre Beiträge gedankt. Wir werden im Laufe der kapitelweisen Beratung unsere Fragen stellen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Zu den Fraktionen.

Anne-Lise Greber, GFL: Der Verwaltungsbericht widerspiegelt die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung und der Gemeindebehörden während einem Jahr. Der diesjährige Bericht bestätigt die Vielfältigkeit der Aufgaben und die zunehmende Komplexität von gewissen Bereichen. An dieser Stelle möchte ich im Namen der Fraktion GFL dem Gemeinderat und allen Akteuren danken, die zum umfangreichen und interessanten Bericht beigetragen haben, sei es im Vordergrund oder im Hintergrund. Ich danke auch allen Personen, die in der Gemeindeverwaltung während des ganzen Jahres zu Gunsten der Bevölkerung von Zollikofen eine grosse Arbeit geleistet haben.

Unsere Fraktion bemängelt jedoch die Untätigkeit der Gemeinde im Bereich von Energie und Umwelt im Jahr 2013. Wir sind uns bewusst, dass das Baudepartement sehr belastet ist und kaum Ressourcen für nicht dringende Geschäfte hat. Der Bereich Energie und Umwelt bleibt leider immer auf dem Abstellgleis. Zum Beispiel im Kapitel Energiestadt Goldlabel (S. 44) wurde nichts unternommen, ebenso beim Umweltkonzept (S. 45). Und beim Schwerpunkt 3.3 (Grünflächen aufwerten und vernetzen, S. 100) wurde das Monitoring der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft lediglich fortgeführt, statt etwas zu tun, um das Ziel 2017 der Erweiterung der Ausgleichsfläche näher zu bringen. Wir hoffen, dass die für das Jahr 2014 vorgesehenen Massnahmen durchgeführt werden.

Soweit nötig werden weitere Bemerkungen in der Detailberatung kommentiert. Die Fraktion nimmt den Verwaltungsbericht 2013 zur Kenntnis und stimmt auch der Abschreibung meines Postulats zu.

Hans Peter Baumann, SVP: Der Verwaltungsbericht 2013 zeigt eindrücklich, wie vielfältig und anspruchsvoll die Tätigkeitsfelder sind, mit denen sich der Gemeinderat, die Kommissionen und die Verwaltungsabteilungen in Zollikofen beschäftigen.

Wir stellen fest, dass im 2013 einmal mehr eine Unmenge Arbeit geleistet worden ist. Die SVP-Fraktion dankt allen, die daran beteiligt waren, Zollikofen weiter zu bringen. Die mitgeholfen haben, Probleme zu lösen oder im Stillen neue Probleme verhindert haben.

In diesem Sinne wird die Fraktion den Verwaltungsbericht zur Kenntnis nehmen, ohne dass wir uns zu den einzelnen Kapiteln weiter melden werden. Was wir aber sicher früher oder später einmal diskutieren müssen, ist der Umgang mit den "prähistorischen" Vorstössen respektive, wir müssen die Frage beantworten, wie wir über zehnjährige Vorstösse verhindern wollen. An der Sitzung vom 28. März 2001 wurde von Samuel Lehmann ein Postulat überwiesen, Zufall, dass auch damals 33 Personen anwesend waren, wie heute. Das Postulat besteht noch immer und ich bin mir bewusst, dass eine Teilschuld beim GGR liegt, weil wir hier immer noch nicht zur Abstimmung gekommen sind. Solche Vorstösse sollten nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir werden deshalb auch dem Antrag zur Abschreibung des Vorstosses Anne-Lise Greber zustimmen.

Hans Jörg Rothenbühler, BDP: Auch wir danken den Verfassern des Verwaltungsberichtes für ihre Arbeit. Hans Peter Baumann hat es bereits gesagt, die "antiken" Vorstösse sind auch für uns ein Thema. Ansonsten haben wir keine Bemerkungen.

Philip Steiner, SP: Auch wir halten uns kurz, danken für den Bericht und haben keine weiteren Bemerkungen.

Markus Lötscher, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Es ist ein tolles Nachschlagewerk zu den Aktivitäten der Departemente. Auffallend ist, dass er nicht mehr so viele stereotype Wiederholungen beinhaltet. Danken möchten wir in diesem Zusammenhang auch für die verbesserte Öffentlichkeitsarbeit des Gemeinderates. Die FDP-Fraktion nimmt vom Bericht Kenntnis und stimmt der Abschreibung des Postulates Anne-Lise Greber zu.

Der Verwaltungsbericht ist vor allem auch dann interessant, wenn man ihn über mehrere Jahre vergleicht, die Trends anschaut, so kann man auch erkennen, was auf die Gemeinde zukommt. Im letzten Jahr haben wir auf die Ausgaben Soziale Wohlfahrt hingewiesen und in diesem Jahr haben wir die Schulen angeschaut. Uns ist aufgefallen, dass die Anzahl Realschüler im Vergleich zu der Anzahl Sekundarschüler relativ hoch ist. Der Anteil Sekundarschüler liegt bei 53 Prozent, 2008 waren es 57 Prozent. Wir stellen eine tendenzielle Abnahme in die falsche Richtung fest. Die Anforderungen bezüglich Ausbildung nehmen zu, vor allem auch für die Berufsschüler, wir bräuchten also mehr Sekundar- als Realschüler. Auffallend ist hier auch, dass 2008 circa 16 Prozent der Sekundarschüler fremdsprachig waren, heute sind es 23 Prozent. In den Realklassen waren es 50 Prozent Fremdsprachige, heute sind es rund 70 Prozent. Ein Trend der uns zu denken gibt und den wir weiter verfolgen.

Thomas Ackermann, CVP: Auch die CVP dankt für den umfangreichen, informativen Bericht. Wir haben an der Berichterstattung nichts auszusetzen, nehmen ihn zur Kenntnis und werden den Anträgen des GR zustimmen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte spontan auf zwei Bemerkungen reagieren. Die eine gilt dem Thema "Erledigung prähistorischer Vorstösse": Die älteste Motion auf dieser Liste ist von Reta Caspar, die die Einzonung des Landstuhls verhindern wollte. Diese soll schubladisiert bleiben und wir legen auch keinen Wert darauf, dass sie wieder zum Vorschein kommt.

Die zweite Bemerkung betrifft die Fremdsprachigkeit in der Schule: Wir haben die Frage im letzten oder vorletzten Jahr in der GPK ausführlich diskutiert und festgestellt, dass es auf Sekundarstufe unter Umständen Jugendliche sind, die hier aufgewachsen sind, perfekt Deutsch sprechen und eine Fremdsprache als Muttersprache haben. Darum dürfen wir diese

Prozentzahlen auch nicht überschätzen. Aber der von Markus Lötscher aufgezeigte Trend ist wahrscheinlich Tatsache.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat zum Verwaltungsbericht äussern?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir gehen in die Detailberatung. Zuerst kann sich die GPK zu Wort melden, danach der Gemeinderat und danach alle Ratsmitglieder. Ich bitte Sie, deutlich zu sagen, auf welcher Seite, welchem Abschnitt und zu welchem Punkt sie Stellung nehmen.

### **1. Präsidiales (S. 6 – 34):**

Patricia Zangger, GPK: Seite 14, Landbesitz der Gemeinde: Weshalb haben sich die Flächen der Parzellen verändert? insbesondere die Parzelle 187 an der Landgarbenstrasse ist plötzlich um 61 m<sup>2</sup> grösser?

Dann auf Seite 29, Kommunale Planung: Die GPK vermisst eine Information über den Stand des Genehmigungsverfahrens für die Überbauungsordnung Graben, die vom GGR am 27. Juni 2012 geändert worden ist.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Seite 14, Landbesitz der Gemeinde: Bei Parzelle 187, Landgarbenstrasse ist es nicht ganz vollständig. Es handelt sich um eine Strassenparzelle, das ist richtig, aber es ist nicht nur die Landgarben- sondern auch die Schulhausstrasse, es geht um das Trottoir bei der Liegenschaft Schulhausstrasse 16 oberhalb der Post. Dieses wurde im Zusammenhang mit dem Neubau erworben.

Seite 29, fehlender Hinweis Planung Graben: Es ist richtig, dass nichts steht, weil im Berichtsjahr auch nichts passiert ist. Nicht ganz freiwillig allerdings. Die Planung Graben war wie die Planung des neuen Alters- und Pflegezentrums von der Übermittlungspanne betroffen. Beides wurde am gleichen Tag abgeschickt. Nach dem Feststellen der Panne wurde es nachträglich eingereicht. Im Moment läuft die Überprüfung, bezüglich Genehmigung gibt es noch gewisse Abstimmungsprobleme mit der Gefahrenkarte, die in der Gemeinde Zollikofen noch nicht auf dem aktuellsten Stand ist. Dort müssen wir noch gewisse Sachen einreichen, danach sollte die Planung genehmigt werden können.

Toni Oesch, FdU: : Seite 9 oben, Einzonung "Landstuhl": Eine Korrektur ist angebracht: Am 27. November letzten Jahres, ich war nicht da und konnte auch nicht kontern, hat Bruno Vanoni ausserhalb der Traktanden erklärt, wir Unabhängigen hätten nicht das Recht, zu sagen, die Grünen wollen die Steinibachmatte und die Rütli einzonen. Er wollte uns deswegen auch schon Advokaten "anhängen". Man hat ihn darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Mitwirkung zu Handen der Regionalkonferenz die Grünen Bern-Nord geschrieben hatten, wenn Zollikofen alles überbaut habe, könne man noch die Steinibachmatte und die Rütli einzonen. Unterschrieben hat es eine Frau, die an der Landgarbenstrasse wohnt und Kandidatin für den GGR 2012 war.

Seite 29, Kommunale Planung: Im letztjährigen Verwaltungsbericht wurde das Kapitel weiter hinten behandelt und zwar auf Seite 88. Im Kapitel "Überarbeitung Schutzzonenplan" stand folgendes: "Der Gemeinderat hat am 21. Mai 2012 die geringfügige Revision des Schutzzonenplans beschlossen und beantragt dem Amt für Gemeinden und Raumordnung die Abweisung der zahlreichen Einsprachen, insbesondere im Zusammenhang mit der "Eichenhecke Schweizerhubel". Die Genehmigung steht noch aus, da Zusatzabklärungen bei einem Fachbüro eingeholt werden mussten."

Auch die FdU hat Einsprache erhoben und seither nichts mehr gehört. Wie ist der Stand?

Seite 10 zuunterst: Bei unserer Vorlage heisst es "In Bearbeitung bei der Bauverwaltung". Wir werden schon noch herausfinden, wer solchen Unsinn und Unwahrheiten in der Beantwortung geschrieben hat. Wir haben einen Sachbearbeiter im Verdacht und Daniel Bichsel ist hier viel zu gutgläubig gewesen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte, zur allgemeinen Beruhigung, nicht zum vorherigen Thema, wo bereits alles gesagt wurde, etwas mitteilen sondern zum Thema Aareschlaufen, Seite 32 unten: In der Jahresplanung ist ein möglicher Kredit, den wir im GGR sprechen sollten, aufgeführt. Ist das immer noch geplant oder ist das Geschäft erledigt?

Es geht weiter um die Umsetzung eines durchgehenden Fuss- und Veloweges der Aare entlang. Ein gutes Teilprojekt aus dem regionalen Richtplan Aareschlaufe, bei dem ja auch unsere Gemeinde betroffen ist. Es hat im Richtplan auch noch andere Komponente, unter anderem geht es die Aufwertungsmassnahmen zugunsten der Natur, Gewässer und dem Amphibienschutz. Mein Wunsch wäre, wenn man in den durchgehenden Veloweg investiert, dass man vielleicht über den Budgetweg Mittel einsetzt für die Pflege von Biotopen an der Aare. Wir haben erfreulicherweise erste Gespräche mit Vertretern der Gemeindeverwaltung geführt und sind zuversichtlich, dass der Wunsch und der Wille, etwas zugunsten der Natur zu machen, vorhanden ist. Weil eben bei der Gestaltung des durchgehenden Veloweges Bäume gefällt werden müssten, der Weg muss verbreitert werden. Man macht Eingriffe in die Natur, führt mehr Menschen in die Natur, die mehr Abfall zurücklassen und mehr Lärm machen. Man sollte diese Beeinträchtigungen durch positive Massnahmen zu kompensieren versuchen.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Die Frage war, ob die Vorlage ins Parlament kommt. Es sind Fr. 35'000.00, die der Gemeinderat bis anhin als Projektierungskredit bewilligt hat, diese sollen Grundlage für einen Kreditantrag hier hinein sein. Im Moment besteht weiterhin die Absicht, das Geschäft als Verpflichtungskredit vorzutragen. Ich sage schon heute, die Gemeindeversammlung Bremgartens wird im Verlauf des nächsten Monats über ihren Teil befinden und weil das Projekt Abhängigkeiten hat, mache ich Vorbehalte: Wenn Bremgarten wider Erwarten ablehnen würde, macht es wenig Sinn, wenn wir unseren Teil alleine bringen würden.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Keine Bemerkungen.

## **2. Finanzen (S. 35 – 39):**

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Seite 38, Pensionskasse: Warum wurde eine Immobilie verkauft? Wenn es nicht vertraulich ist – welche Immobilie ist es?

Und: Wie hoch war der Deckungsgrad der Pensionskasse per Ende des Berichtsjahres 2013?

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Bei der verkauften Immobilie handelt es sich um das Haus Bleichestrasse 51 in Stettlen. Es war eine stark sanierungsbedürftige Liegenschaft und der Stiftungsrat stellte sich die Frage "sanieren oder verkaufen?". Ein Verkauf war nicht zwingend, man hat geschaut, was der Markt hergibt. Es ist tendenziell eher ein "Verkäufermarkt", also gut für den Verkäufer. Die Preisvorstellungen des Stiftungsrates wurden bei Weitem überschritten und darum entschloss man sich zum Verkauf.

Der Deckungsgrad Pensionskasse per Ende Berichtsjahr beträgt 113,64 Prozent.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

### **3. Bau und Umwelt (S. 40 - 44):**

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat hierzu Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

### **4. Tiefbau, Ver- und Entsorgung (S. 46 - 54)**

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

### **5. Bildung (S. 55 – 72)**

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Seite 56, Lehrpersonen Primarschulen: Weshalb ist die Zahl der Lehrpersonen im Berichtsjahr von 99 auf 94 gesunken?

Seite 58, Agenda: Ist es richtig, dass der traditionelle Maibummel nur im Schulhaus Geisshubel/Kläyhof durchgeführt wird? Wenn ja, warum?

Edi Westphale, Gemeinderat (*antwortet stellvertretend für die abwesende Gemeinderätin Sabine Huber*): Zur ersten Frage: Im Bereich "Aufgabenhilfe" gab es personelle Wechsel und dadurch konnte man Kleinstpensen korrigieren. Vorher waren es 12 Aufgabenhilfen, jetzt nur noch acht. Das macht schon minus vier. Im Schuljahr 2012/2013 hatten wir neun Kindergartenklassen und im Schuljahr 2013/2014 nur noch acht. Also minus eine Kindergarten-Lehrperson.

Zum Maibummel: Selbstverständlich gehen alle Schülerinnen und Schüler auf den Maibummel. Speziell dort ist, dass der Geisshubel geschlossen mit dem Kindergarten an einem Tag auf den Maibummel ging, deshalb wurde das auch so geschrieben, man hätte es eventuell anders formulieren können.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

## 6. Soziales (S. 73 – 85)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

Patricia Zangger, GPK: Seite 86, Stimm- und Wahlausschuss:

Präsidentin: Sie sind bereits im Kapitel "Sicherheit und Integration".

Patricia Zangger, GPK: Entschuldigung, das ist ein Missverständnis. Zum Sozialen haben wir keine Bemerkungen.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch FdU: Seite 82 und 85: Ich habe schon darauf hingewiesen, dass unser Betagtenheim eine Fundgrube ist. Seit 2008 wurde die Finanzierung neu geregelt. Darum haben die Grossinvestoren das Geschäft entdeckt. Der Gewinn entsteht aus den Ergänzungsleistungen EL der Heimsassen, also von Steuergeldern. Die Zunahme von EL-Bezüglern im Kanton Bern seit 2003 beträgt 40 Prozent auf 144'000 Personen. Ich komme beim nächsten Traktandum auf das Altersheim zurück.

Noch zum Gemeinderat, Präsidiales: Ich habe dort eine Frage gestellt wegen "Zeichen setzen im Schweizerhubel" – wenn es nicht beantwortet werden kann, so nehmen Sie es bitte als Einfache Anfrage auf. Ich wollte dort auch wegen dem Verkauf der Liegenschaft nachfragen.

Präsidentin: Wir nehmen dies gerne entgegen. Gibt es noch Bemerkungen zum "Sozialen"? Das ist nicht der Fall.

## 7. Sicherheit und Integration (S. 86 – 94)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort und hier jetzt Patricia Zangger.

Patricia Zangger, GPK: Seite 86, Stimm- und Wahlausschuss: Er war 2013 nicht nur an einem Abstimmungswochenende für die erwähnte Gemeinde-Urnenabstimmung im Einsatz, sondern nahm seine wichtige Aufgabe auch an mehreren weiteren Wochenenden bei kantonalen und eidgenössischen Urnengängen wahr. Die GPK regt an, dies zur Würdigung der Arbeit dieses Gremiums in künftigen Verwaltungsberichten zum Ausdruck zu bringen.

Seite 89, Polizeiliche Bewilligungen: Weshalb haben sich die Bewilligungen Waffenrecht im Vergleich zu den beiden Vorjahren praktisch verdoppelt?

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Edi Westphale, Gemeinderat: Punkt 1 nehmen wir sehr gerne auf, das ging uns durch die Lappen. Im nächsten Jahr wird dies im Verwaltungsbericht stehen.

Zu den Bewilligungen Waffenrecht: Eine waffenrechtsbewilligte Person hat 2013 vermehrt Waffenerwerbsscheine beantragt. Pro Gesuch können bis zu drei Waffen beantragt werden. Die Gemeinde Zollikofen leitet das Gesuch der Kantonspolizei weiter und diese stellt die Bewilligung aus. Zur Person: Sie ist Mitglied in einem Schützenverein und mittlerweile aus der Gemeinde Zollikofen weggezogen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

**Berichterstattung zum Schwerpunktprogramm 13/17 (S. 95 - 109)**

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch, FdU: Seite 100 steht unter Schwerpunkt "Wir entwickeln den Lebensraum nachhaltig – vereint mit der Region." und unter Lösungsansatz "Die Grünflächen aufwerten und vernetzen." Bei der Beurteilung des Gemeinderates steht: "Erfüllt." Für uns sind Grünflächen auch Kulturland, welches eingezont ist oder wird. Für uns heisst das "Nicht erfüllt".

Präsidentin: Weitere Bemerkungen?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Dann stelle ich fest, dass wir diese Berichterstattung ebenfalls abgeschlossen haben. Wir kommen zur Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse.

Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend "Solarkataster auch für Zollikofen": Die Motion wurde am 17. Oktober 2012 erheblich erklärt.

Motion Ahila Gunaratnam und Mitunterzeichnende betreffend "Schaffung eines Fussgängerstreifens im mittleren Bereich der Schulhausstrasse".

Diese beiden Motionen stehen in der Kompetenz des Gemeinderates und werden stillschweigend, ohne formellen Parlamentsbeschluss, abgeschrieben.

Hingegen soll das Postulat Anne-Lise Greber und Mitunterzeichnende betreffend "Kampf dem Litterung – lokal und regional" (Punkt 4) abgeschrieben werden. Gibt es hierzu Bemerkungen? Das ist nicht der Fall.

Präsidentin: Ich stelle somit gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Litera c der Gemeindeverfassung fest:

**Abstimmung:**

1. **Der Verwaltungsbericht 2013 der folgenden Departemente wird zur Kenntnis genommen:**

1. <b>Präsidiales</b>	5. <b>Bildung</b>
2. <b>Finanzen</b>	6. <b>Soziales und Gesundheit</b>
3. <b>Bau und Umwelt</b>	7. <b>Sicherheit und Integration</b>
4. <b>Tiefbau, Ver- und Entsorgung</b>	
2. **Die Berichterstattung 2013 zum Schwerpunktprogramm 13 / 17 wird zur Kenntnis genommen.**
3. **Das Postulat Anne-Lise Greber und Mitunterzeichnende wird als erledigt abgeschrieben.**

---

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE